



KÖLNLIBERAL

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE DEMOKRATEN IN KÖLN

Freie
Demokraten

FDP Köln



Volker-Görzel-Plakat auf einem der 96 Infoscreens in Köln

Im Wonnemonat Mai macht die FDP Köln den ersten Aufschlag im OB-Wahlkampf! Wir werden Volker Görzel den Kölnerinnen und Kölnern als Kandidaten für das Amt des Kölner Oberbürgermeisters mit der dreiwöchigen Kampagne um einiges bekannter machen. Ab dem 8. Mai ist er kölnweit oberirdisch auf Infoscreens und in der U-Bahn auf Infoscreens mit einem großflächigen Plakatmotiv zu sehen.

Ein guter OB ist Ihr gutes Recht

Wir positionieren unseren Kandidaten als Anwalt der Kölnerinnen und Kölner, der sich für ihre Belange stark macht. Der ihre Interessen vertritt. Mit dieser Kampagne erreichen wir also zwei Ziele. Erstens: Volker Görzel öffentlich bekannt machen und zweitens: Das Profil von Volker Görzel in Abgrenzung zu seinen Konkurrenten im OB-Wahlkampf schärfen. Wichtig wird sein, ihn frühzeitig als starke Persönlichkeit sichtbar zu machen – präsent auf allen Podien und in der öffentlichen Wahrnehmung als überzeugende Alternative auf Augenhöhe mit den Kandidaten von CDU, SPD und Grünen.

Fulminante Präsenz im Stadtgebiet

Die Kampagne wird auf 96 Roadside Screens rund um die City und an den Ausfallstraßen zu sehen sein. Dazu kommen 28 Infoscreens in den Kölner U-Bahnstationen mit der höchsten Fahrgastfrequenz. An Volker Görzel kommt im Mai also keiner

vorbei, der sich in der Stadt und durch die Stadt bewegt. Und vor allem wird er, anders als später im heißen Wahlkampf, diese Präsenz jetzt exklusiv haben – ohne dass seine Wettbewerber in irgendeiner Weise sichtbar wären. Die Roadside Screens stellen eine exklusive Position im Straßenverkehr dar und sorgen für optimale Sichtbarkeit. Gerade in der Wartesituation an der Kreuzung wird das Plakat besonders gut wahrgenommen. Mit den digitalen Screens an U- und S-Bahnsteigen erreichen wir Fahrgäste während ihrer Wartezeit. Da ist die Zielgruppe besonders offen für Impulse.

Zeitgleich geht auch eine erste Website on air, sodass alle, die sich über Volker Görzel weiter informieren wollen, auch ein entsprechendes Angebot im Internet auf fdp-koeln.de finden werden. Und natürlich wird die Kampagne auch in den Sozialen Medien flankiert. Im politischen Köln und in den Kreisen der Meinungsbildner in der Stadt wird Volker Görzel damit ganz sicher zum Talk of the Town werden. Und die Kölnerinnen und Kölner werden ihn ab sofort auf dem (Wahl-)Zettel haben.

.....
Gerd Kaspar

Vorsitzender StBV Lindenthal
und Kampagnen-Experte

VORWORT

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

das Ergebnis der Bundestagswahl ist für uns Liberale leider kein erfreuliches gewesen. Die kommende Legislatur werden wir in Berlin also noch einmal in der außerparlamentarischen Opposition verbringen müssen. Die Gründe dafür sind vielfältig gewesen, wir sollten sie kritisch analysieren und bei unserer Neuaufstellung auf der Bundesebene im Auge behalten und beherzigen.

Die Kölner Liberalen müssen sich jetzt auf den Herbst fokussieren. Im September haben wir mit der KölnWahl die Chance, zu zeigen, dass wir es auch besser können. Wir wählen für unsere Stadt ein neues Oberhaupt, einen neuen Rat und neue Bezirksvertretungen. Hier haben wir die Möglichkeit, die Wählerinnen und Wähler wieder von uns zu überzeugen. Und unser Angebot kann sich sehen lassen: Mit Volker Görzel bringen wir einen profilierten Ratspolitiker an den Start, der für die FDP sowohl als Oberbürgermeister- wie auch als Spitzenkandidat für den Rat ins Rennen geht. Im Interview ab Seite 6 haben Sie die Gelegenheit, ihn als Kandidaten und Menschen kennenzulernen.

Mit der Ratsentscheidung für den Bau der Ost-West-U-Bahn geht es jetzt endlich weiter. Das scheinbar endlose Tauziehen um eine ober- oder unterirdische Variante könnte damit zu Ende sein und unserer Stadt endlich eine Perspektive für eine zukunftsfähige Verkehrslösung bieten, die diesen Namen auch verdient. Ich sage aber ausdrücklich „könnte“, es werden nämlich noch mehr als genug Hindernisse aus dem Weg zu räumen sein.

Am 10. Mai werden wir unseren Kölner Kreisparteitag im Altenberger Hof in Nippes abhalten. Ich wünsche uns, dass wir mit guten Ergebnissen, einem überzeugenden Wahlprogramm, motivierten Kandidierenden und einer ordentlichen Portion Zuversicht in den nächsten Wahlkampf ziehen. Diesmal wieder bei sommerlichen Temperaturen – Wollmütze, warme Socken und die lange Unterwäsche können zuhause bleiben... ;o)

Stephan Wieneritsch
CHEFREDAKTEUR



Bild: privat



Lorenz Deutsch und Volker Görzel

niedriges Ergebnis eingefahren. Mit 5,4 Prozent konnten wir fünf Ratsmitglieder stellen. Dieses Team hat in den letzten fünf Jahren mit den Sachkundigen der Großen Fraktion sehr gute Arbeit geleistet. Die FDP ist in der Stadtpolitik und der dazu berichtenden Presse sehr präsent.

In der Vorbereitung und dann im Wahlkampf muss es uns gelingen, unsere Kernanliegen deutlich zu kommunizieren und so eine eigenständige Wahrnehmung der Kölner Liberalen sicherzustellen. Ich bin sicher: Die Kölnerinnen und Kölner wollen Perspektiven, die ein Ende der deprimierenden Realität der aktuellen Kölner Stadtpolitik aufzeigen. Niemand versteht, warum Köln so ungepflegt und gar schon verwahrlost ist, gerade in der Innenstadt. Die häufig beschworene Verkehrswende bleibt stecken: in plumpen Straßensperrungen ohne jeden Gestaltungsanspruch, in einer KVB, deren Leistungen immer schlechter werden und in einer ideologischen Autofeindschaft, die Alternativen schuldig bleibt und an den Bedürfnissen der Menschen vorbei geht – die steigenden Anmeldezahlen lassen grüßen. Schließlich müssen wir grundsätzlich die Frage stellen, ob Köln den Anschluss an die Entwicklungen der deutschen und europäischen Metropolen finden will, oder ob wir weiter in provinziell kleinstadtraster denken wollen!

Mit Volker Görzel an der Spitze unserer Ratsliste sowie als OB-Kandidat werden wir die Chance haben mit diesen Themen durchzudringen. Seine sehr gute Präsenz in der Presse und sein Engagement in den Veranstaltungen des Vorwahlkampfes zeigen das Potential, das in seiner Kandidatur steckt. Auch hier gilt aber, dass wir uns nicht allein darauf verlassen dürfen, dass wir ihn in diesen Wahlkampf nicht als Einzelkämpfer ziehen lassen dürfen. Es wird auf eine starke Mannschaftsaufstellung ankommen. Die Kölner Liberalen müssen in allen Ecken dieser Stadt präsent sein, um den Kölnern und Kölnerinnen glaubwürdig eine politische Kraft im Rat zu versprechen, die Schluss macht mit dem ambitionslosen Durchgewurschel, das wir nun von Grün-Rot schon viel zu lange geboten bekommen!

Nicht zuletzt ist unsere Kommunalwahl in NRW die erste richtige Chance, ein Lebenszeichen für den organisierten Liberalismus zu senden. Lasst uns alles tun, um diese Chance zu nutzen!

Lorenz Deutsch
Vorsitzender FDP-Kreisverband Köln

Die Bundestagswahl ist nicht das letzte Wort in diesem Jahr gewesen. Mit der KölnWahl haben wir eine weitere Chance, die Wählerinnen und Wähler zu erreichen und zu überzeugen. Nutzen wir Sie!

Dieses Jahr hat mit einem Tiefschlag für uns Freie Demokraten begonnen. Zum zweiten Mal nach 2013 haben wir den Einzug in den Bundestag verpasst. Die Strategie, mit einem auf Christian Lindner zugeschnittenen Wahlkampf das Ruder herumzureißen, hat (nicht mehr) gefangen. Es wäre allerdings zu einfach nun die Schuld für das Ergebnis allein bei ihm abzuladen – so wie es auch schon zu einfach war, alle Hoffnung auf ihn zu richten – dass er es als wahlkämpfende Allzweckwaffe schon richten werde. Wir müssen deutlich tiefer analysieren. Und zu Beginn dieses Prozesses drängt sich mir eine sehr allgemeine, aber gleichwohl sehr alarmierende Erkenntnis auf: Die Wählerinnen und Wähler haben in der notwendigen Breite kein Zutrauen mehr, dass die FDP wirksame Beiträge für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes leisten kann. Nur noch ein harter und erfreulich stabiler Kern steht fest an unserer Seite – leider zu Wenige für fünf Prozent.

Für diese Entwicklung gibt es viele Ursachen: eine zu schmale Führungsstruktur, zu wenig substantiell ausgearbeitete Konzepte für unsere zentralen Anliegen Digitalisierung, Bildung, Entbürokratisierung und Aufschwung, zu wenig Orientierung am Leitbild, und auch eine unklare Ansprache unserer Kernzielgruppen. Für den neuen Bundesvorstand gibt es also alle Hände voll zu tun! Der nordrhein-westfälische Landesverband wird hier eine wichtige Rolle einnehmen, und auch unser Kreisverband wird mitsprechen. Es freut mich sehr, dass der geschäftsführende Landesvorstand Maria Westphal für einen Beisitz im Bundesvorstand vorgeschlagen hat – viel Erfolg!

Auch wenn der Start ins Jahr wenig Erfreuliches geboten hat, können wir in NRW aber zu einem motivierenden Jahresabschluss kommen. Am 14. September ist Kommunalwahl! In der letzten Köln-Wahl haben wir – dank der thüringischen Eskapaden kurz zuvor – ein eher

RÜCKBLICK

Zwei Wahlperioden lang hat Reinhard Houben die Kölner Liberalen im Deutschen Bundestag vertreten. An dieser Stelle blickt er auf die letzten Wochen in Berlin zurück.

Reinhard Houben

Es ist schon ein komisches Gefühl, wenn man sich bereits von allen verabschiedet hat und dann unerwartet noch einmal zurückkommen muss. So wie mir ist es einigen Kolleginnen und Kollegen im März in Berlin ergangen. Bei der letzten Sitzung des Bundestags am 11. Februar hatte ich allen Adieu gesagt, mich sogar von den Saaldienern verabschiedet und mit einigen Abgeordneten verabredet, dass wir auch nach meinem Ausscheiden in Kontakt bleiben wollen. Das waren durchaus emotionale Momente. Nach siebeneinhalb Jahren intensiver politischer Arbeit auf Bundesebene stand mir persönlich ein tiefer politischer Einschnitt bevor.

Dann aber beschlossen Union und SPD, den alten Bundestag noch zweimal einzuberufen, um gemeinsam mit den Grünen das Grundgesetz zu ändern. So waren wir alle verpflichtet, am 13. und am 18. März wieder anzureisen, um über eine sehr tiefgreifende Änderung unserer Verfassung zu debattieren und zu beschließen. Das so genannte „Sondervermögen Infrastruktur“ und die starke Aufweichung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben bedeuten ein gigantisches Schuldenpaket. Nicht wenige haben die Sorge, dass eine Verschuldungsorgie bevorsteht, die kaum je zurückzuzahlen sein könnte. Die FDP hat gegen diesen Irrsinn gestimmt.

Die Stimmung in der FDP-Fraktion wurde natürlich nicht nur durch dieses Thema gedrückt, sondern vor allem durch den Wahlausgang am 23. Februar. Während ich ja schon vorher wusste, dass meine Zeit enden würde und mich langsam darauf einstellen konnte, mussten die meisten anderen liberalen Abgeordneten nun über Nacht überlegen, wie sie ihre Zukunft gestalten wollen.

Das Wahlergebnis von 4,3 Prozent ist sehr bitter. Die Gründe sind vielschichtig und müssen in der Partei aufgearbeitet werden. Es lag jedenfalls nicht am Einsatz der Mitglieder. Ich habe selbst viele Termine in meinem bisherigen Wahlkreis absolviert und konnte dabei beobachten, dass die Basis sehr engagiert gekämpft hat. Zu dem schlechten Ergebnis haben unter anderem strategische Fehler auf Bundesebene beigetragen. Ein Teil der Wählerschaft hat uns das Ampel-Aus übelgenommen. Ich persönlich habe mich immer dagegen ausgesprochen, zu früh aus dieser Regierung auszusteigen.

Die eindeutige Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit CDU und CSU hat falsche Signale an einige durchaus liberal orientierte Menschen gesendet, die uns 2021 noch gewählt hatten und die mehr Offenheit von uns erwartet haben. Auch das Ausschließen jeglicher Zusammen-

arbeit mit den Grünen entspricht nicht dem Selbstbewusstsein einer liberalen Partei. Hier wurden teilweise auch Fehler aus dem Jahr 2013 wiederholt. Man kann sich nur wundern, dass einige so ein schlechtes Gedächtnis haben.

Ich bin zuversichtlich, dass die FDP in vier Jahren in den Bundestag zurückkehren wird. Schon jetzt zeigt sich angesichts des Schuldenpakets und des Koalitionsvertrags, dass eine liberale Partei im Parlament dringend gebraucht würde. Allerdings müssen wir auch die richtigen Lehren ziehen. Die Aufarbeitung kann durchaus noch schwierig werden und den einen oder anderen Schmerz verursachen. Wir sollten uns dafür einige Monate Zeit nehmen, um zu den Ursachen einen Konsens zu erreichen. Dann müssen wir uns aber wieder auf die liberalen Werte besinnen und darauf unsere künftige Politik aufbauen. Wir dürfen die FDP nicht in eine bestimmte Richtung drängen lassen, sondern müssen einen allumfassenden Liberalismus vertreten.

Und auch ich selbst werde mir einige Zeit nehmen, bevor ich entscheide, wie ich künftig mein Leben gestalte.

Reinhard Houben

GERHART RUDOLF BAUM – EIN UNBEUGSAMER LIBERALER

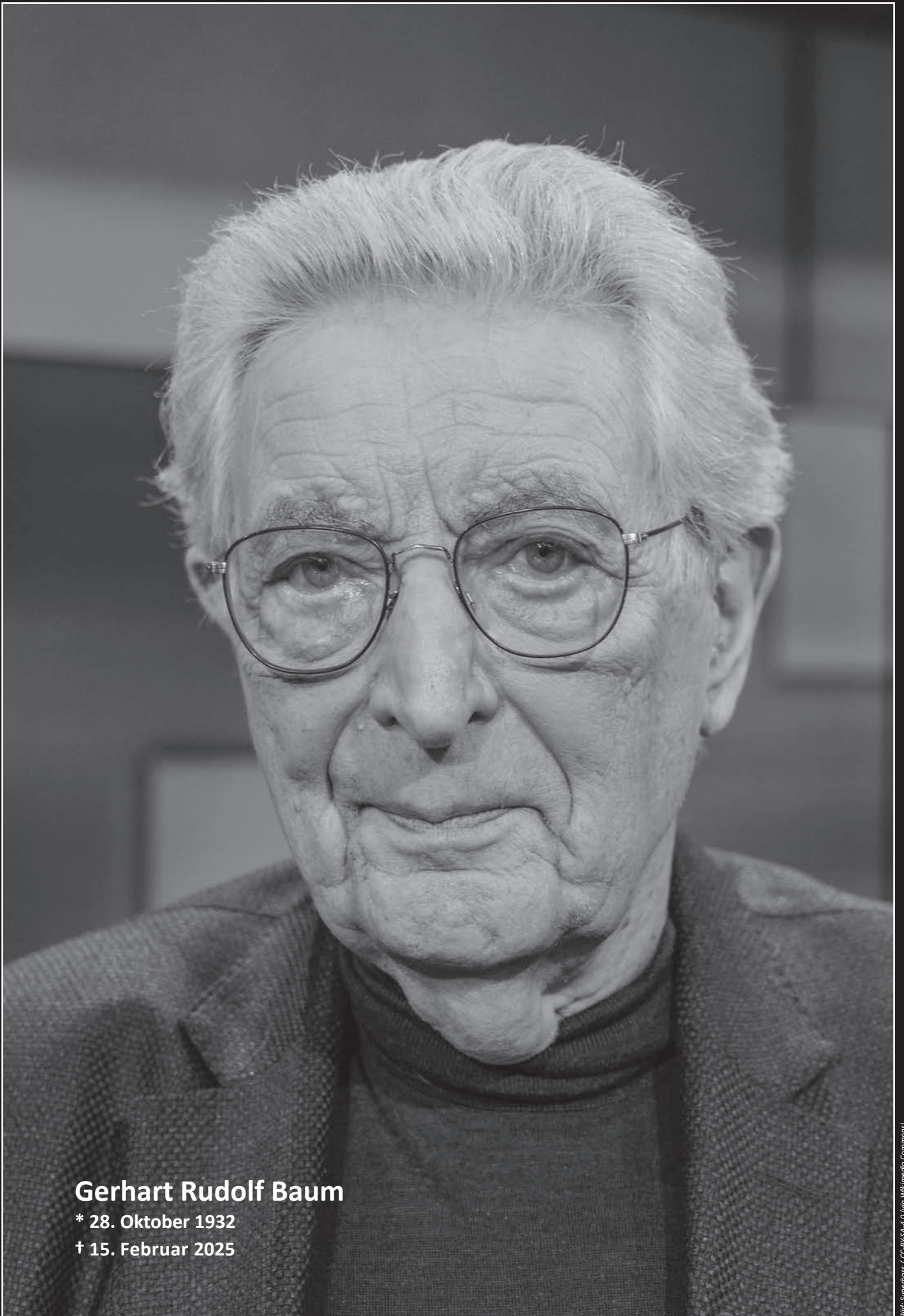
Mit Gerhart Baum verliert die Bundesrepublik Deutschland einen der bedeutendsten liberalen Politiker des 20. und 21. Jahrhunderts. Er ist einer der letzten Zeitzeugen, die an der Entstehung der Freiburger Thesen von 1971 mitgewirkt haben. Bis zu seinem Tod hat er für deren Verwirklichung gekämpft.

Gerhart Baum kam 1932 in Dresden zur Welt, floh im Februar 1945 mit seiner Mutter aus dem Inferno der brennenden Stadt an den Tegernsee nach Bayern, bevor er 1950 nach Köln umzog. 1954, im Jahr als er sein Abitur ablegte, trat er der Freien Demokratischen Partei (FDP) bei. Er engagierte sich als Vorsitzender der Liberalen Hochschulgruppe und trat sehr konsequent gegen rechtsradikale Tendenzen in der FDP der 50er Jahre ein. 1966 wurde er Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten und wirkte bei der Erneuerung der FDP in den Folgejahren aktiv mit. Im Januar 1968 unterstützte er auf dem Freiburger Bundesparteitag die Wahl von Walter Scheel zum neuen Parteivorsitzenden und organisierte zugleich das legendäre Rededuell zwischen Ralf Dahrendorf und Rudi Dutschke. Als Mitglied des Bundesvorstandes der FDP diskutierte er die Freiburger Thesen, die im Oktober 1971 beschlossen wurden. Baum hatte sich in diesen Jahren des Aufstiegs bereits als einer der führenden Sozialliberalen profiliert, und so war es konsequent, dass er 1972 von Werner Maihofer als Parlamentarischer Staatssekretär ins Bundesinnenministerium berufen wurde. Nach dessen Rücktritt wurde Baum 1978 sein Nachfolger als Minister. Er führte in vielen Punkten der inneren Sicherheit und der Umweltpolitik dessen Linie fort, setzte aber auch eigene Akzente. Besonders prägend war für ihn der Kampf gegen den Terrorismus der Roten Armee Fraktion.

Als im September 1982 die sozialliberale Koalition unter Kanzler Helmut Schmidt beendet wurde, trat er gemeinsam mit den anderen FDP-Ministern von seinem Amt zurück. Im Bundestag und auf dem anschließenden Parteitag in Berlin machte Baum deutlich, dass er – wie einige andere Liberale – die „Wende“ der Parteiführung nicht nachvollziehen konnte. Er blieb aber dennoch in der Partei und wurde sogar zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Seit dieser Zeit war Baum eine der kritischen Stimmen innerhalb der FDP, der immer wieder an Kernthemen des Liberalismus wie Menschenrechte und Datenschutz erinnerte. 1991 legte er seine Parteiämter nieder und engagierte sich für die Menschenrechtsarbeit. So war er von 1992 bis 1998 Leiter der deutschen Delegation in der UNO-Menschenrechtskommission. Seit dieser Zeit arbeitete er eng mit Burkhard Hirsch zusammen, wenn es um Verfassungsbeschwerden wegen der Einschränkung von Bürgerrechten vor dem Bundesverfassungsgericht ging. Diese Arbeit als Anwalt prägte seine letzten Lebensjahre.

Doch auch die Kultur, vor allem die Musik, lag ihm sehr am Herzen. Lange Jahre war er Vorsitzender des Kulturrats Nordrhein-Westfalen und hat damit die Kulturszene nachdrücklich geprägt und gefördert.

Gerhart Baum war ein vielseitig interessierter Mensch, ein kluger Ratgeber, ein politisches Vorbild und bis zu seinem Tod ein leidenschaftlich engagierter Kämpfer für die Freiheit. Er war ein kritischer Mahner, ein politischer Überzeugungstäter und die soziale Seele des deutschen Liberalismus, der stets für Menschenrechte und Demokratie eintrat. Gerhart Baum, dessen Leben ein Spiegel der deutschen Nachkriegsgeschichte war, wird uns allen fehlen.



Gerhart Rudolf Baum

* 28. Oktober 1932

† 15. Februar 2025



IM GESPRÄCH MIT VOLKER GÖRZEL

Sie haben Ende vergangenen Jahres den Fraktionsvorsitz von Ralph Sterck übernommen. Machen sich die neuen Machtverhältnisse in Berlin bei der Ratsarbeit in Köln bemerkbar?

Nein. Der Regierungswechsel in Berlin hat kaum Einfluss auf die kommunale Politik. Wir arbeiten im Kölner Stadtrat sehr sachorientiert und lassen uns nicht von parteipolitischen Entwicklungen auf Bundesebene leiten. Die Herausforderungen und Lösungen hier vor Ort haben ihre eigene Dynamik – und daran richten wir unser Handeln aus.

Sind gehen im September auch als OB-Kandidat der Kölner Liberalen ins Rennen. Sind Sie schon im Wahlkampfmodus?

Ja, absolut. Ich habe derzeit täglich zwei bis drei wahlkampfbezogene Termine – das Interesse in der Stadtgesellschaft ist spürbar groß. Es gibt bereits jetzt eine Vielzahl von Podiumsdiskussionen und

Veranstaltungen, bei denen ich mit den Menschen ins Gespräch komme. Parallel läuft die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung für die heiße Phase der Kampagne im Sommer. Es ist viel Arbeit, aber auch eine spannende und motivierende Zeit.

In Köln gibt es ja eine ganze Menge zu tun. Wo sehen Sie die aktuellen Brennpunkte in der Stadt?

Mir geht es um eine saubere und sichere Stadt – denn das betrifft jeden Einzelnen im Alltag. Müll, Schmutzdecken und ein Gefühl der Verwahrlosung darf es in einer Stadt wie Köln nicht geben. Der öffentliche Raum muss wieder ein Ort sein, an dem man sich wohl und sicher fühlt.

Zweitens: Der Verkehr in Köln muss neu gedacht werden. Besonders wichtig ist mir dabei der unterirdische Ausbau der Ost-West-Achse – damit wir die Innenstadt entlasten und Mobilität endlich flüssiger und zuverlässiger machen.

Drittens: Köln braucht wieder mehr wirtschaftliche Dynamik. Wir müssen Gründerinnen und Gründer, Handwerksbetriebe und Unternehmen stärker unterstützen – denn eine starke Wirtschaft sichert Arbeitsplätze und finanziert das Gemeinwohl.

Und nicht zuletzt: Die Verwaltung muss bürgerfreundlicher werden. Wer ein Anliegen hat, soll es schnell, digital und unkompliziert erledigen können – ohne Frust, Warteschleifen oder Papierkrieg.

Wenn Sie zum Oberbürgermeister gewählt werden: Was würden Sie zur Chefsache machen?

Ganz klar: Ich würde die Themen Sauberkeit, Sicherheit, Verkehr und eine funktionierende Verwaltung zur Chefsache machen. Denn das sind die Dinge, die den Menschen im Alltag wirklich begegnen – auf dem Weg zur Arbeit, beim Gang zum Amt oder beim Spaziergang durch die Stadt. Ich will, dass Köln wieder zuverlässig funktioniert. Dafür braucht es klare Prioritäten, schnellere Entscheidungen

„ICH WEISS, WIE MAN ORGANISIERT, FÜHRT UND WIRTSCHAFTLICH DENKT. GENAU DAS BRAUCHT KÖLN JETZT.“

Volker Görzel wurde 1970 in Siegen geboren. 1988 und 1989 verbrachte er als Stipendiat des Deutschen Bundestages ein Jahr in den USA. Sein Jura-Studium hat er in Kiel, London und Chicago absolviert. Seit 2000 ist er Sozium einer Rechtsanwaltskanzlei in Köln.

Den Jungen Liberalen trat Volker Görzel 1984 bei. Mitglied in der FDP ist er seit 1987. Er gehört dem Vorstand des FDP-Stadtbezirksverbandes Innenstadt an, von 2008 bis 2024 war er dort Vorsitzender.

Von 2004 bis 2009 war er Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt. Bei der KölnWahl 2009 wurde er in den Rat der Stadt Köln gewählt. Dieses Mandat hatte er bis 2014, seit 2017 ist er dort wieder vertreten. Er ist Sachkundiger Bürger im Ausschuss für allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen der Stadt Köln. Von 2020 bis 2024 war er stellvertretender Vorsitzender der Ratsfraktion. Im November 2024 wurde er zum Vorsitzenden gewählt.

Zur diesjährigen KölnWahl tritt er als Oberbürgermeisterkandidat und als Spitzenkandidat der Kölner Liberalen an.

und eine Stadtspitze, die hinschaut, anpackt und Verantwortung übernimmt. Ich will Köln nicht nur verwalten – ich will es gestalten.

Sie sind hauptberuflich als Rechtsanwalt tätig. Wie bekommen Sie Arbeit und Politik unter einen Hut?

Das gelingt mir durch Disziplin, Struktur – und ein starkes Team. Drei Mal pro Woche starte ich morgens im Fitnessstudio, danach folgen berufliche Termine bis in den Nachmittag und anschließend politische Verpflichtungen. Dazwischen viele Telefonate, Besprechungen und Videokonferenzen. Ich führe eine Kanzlei mit rund 30 Mitarbeitenden – das heißt: Ich bin nicht nur Rechtsanwalt, sondern auch Unternehmer. Aus dieser Doppelrolle ziehe ich wertvolle Erfahrungen und kenne die Herausforderungen, vor denen Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer täglich stehen.

Als Fachanwalt für Arbeitsrecht blicke ich zudem tief in die Strukturen von Betrie-

ben – ich kenne Unternehmen auch von innen. Und das Besondere ist: Wir beraten in meiner Kanzlei überparteilich und lagerübergreifend – Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Betriebsräte. Dieser Erfahrungsschatz aus ganz unterschiedlichen Perspektiven ist unbezahlbar – und ich bringe ihn jeden Tag aktiv ein.

Das unterscheidet mich klar von meinen Mitbewerbern um das Amt des Oberbürgermeisters: Ich bin der Einzige, der in der freien Wirtschaft arbeitet, der Verantwortung für ein eigenes Unternehmen trägt – und nicht vom Staat lebt. Ich weiß, wie man organisiert, führt und wirtschaftlich denkt. Genau das braucht Köln jetzt.

Wie entspannt sich Volker Görzel nach so einem Arbeitstag?

Ich habe ein heiliges Ritual mit meiner Frau – jeden Abend setzen wir uns mit einem Glas Wein auf die Terrasse und lassen den Tag Revue passieren. Wir sprechen über das Tagesgeschehen, aber

auch über Familie und private Themen. Das ist für mich nicht nur Entspannung, sondern auch ein wichtiger Ausgleich und eine schöne Konstante im Alltag.

Haben Sie einen Lieblingsplatz in Köln?

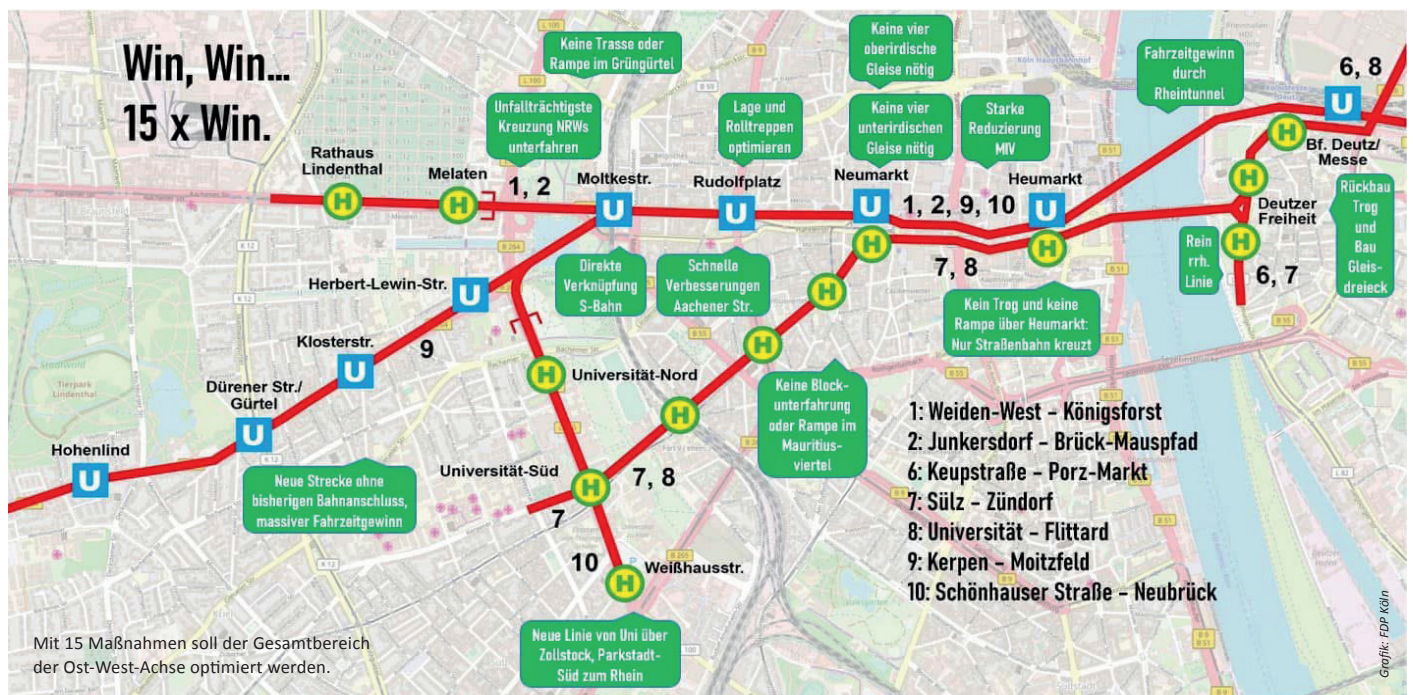
Köln hat so viele wunderbare Orte – und da ich viel mit dem Fahrrad unterwegs bin, komme ich oft an inspirierenden Ecken vorbei. Natürlich sind der Dom und die großen Sehenswürdigkeiten Highlights, die ich immer wieder schätze. Mein ganz persönlicher Lieblingsplatz ist aber der Fähranleger in Langel, ganz im Norden der Stadt. Der Ort hat etwas fast schon Touristisches – man schaut auf den Rhein, spürt die Ruhe, und das Ganze ist ein toller Ausgleich zur oft hektischen und dynamischen Innenstadt. Dort kann ich durchatmen und neue Energie tanken.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

[Das Gespräch führte Stephan Wieneritsch.]

DIE U-BAHN KOMMT

NACH JAHREN DER DISKUSSION BESCHLIESST RAT TUNNEL FÜR OST-WEST-ACHSE



Der Stadtrat hat in der April-Sitzung endlich den Bau einer U-Bahn auf der Ost-West-Achse beschlossen. Doch wie war die Vorgeschichte? Was wurde genau beschlossen? Und welchen Anteil hatten die Liberalen daran?

Planungen seit 1911

Überlegungen für eine Untergrundbahn unter der Schildergasse gab es schon 1911. Die Gründe, warum es nicht dazu kam, nennt Tobias Christ in „111 Mal Köln früher und heute“: „Verkehrswissenschaftler Gustav Kemmann, der mit seinen Gutachten entscheidend zum Bau der Berliner U-Bahn beigetragen hatte, riet den Kölner Stadtverordneten und der Stadtspitze zu einer U-Bahn mit einem Grundgerüst von zwei sich kreuzenden Linien. Eine Ost-West-Linie, die den Rhein im Bereich der heutigen Deutzer Brücke unterqueren sollte, solle mit einer Nord-Süd-Linie am Heumarkt zusammentreffen. (...)“

Ein Grund, dass diese Pläne in der Schublade landeten, sei eine militärische Überlegung gewesen, so Historiker Alexander Hess, stellvertretender Vorsitzender des Vereins Fortis Colonia. So hätte die West-Ost-Linie in Müngersdorf den Bereich des Äußeren Festungsgürtels berührt. Es hätte die Gefahr bestanden, dass im Kriegsfall der Feind, also die Franzosen, in diesen Tunnel eindringen und in die

Innenstadt kommen könnte. Um das zu verhindern, hätte die Stadt im Ernstfall das Tunnelsystem schützen müssen, etwa indem es unter Wasser gesetzt wird. Dafür hätte man aber wieder riesige Wasserwerke bauen müssen.“

So wurde die Umsetzung erst durch die deutsch-französische Freundschaft möglich. Im Gesamtverkehrskonzept von 1956 wurde auch die Strecke zwischen Aachener Weiher und Hohe Straße unterirdisch geplant. Als es in den 80ern um die Frage ging, ob die Ring- oder die Ost-West-U-Bahn gebaut werden soll, hat gerade die FDP sich für die Ringe stark gemacht. Der damalige FDP-Kreisvorsitzende Karl-Heinz Dresselhaus zu den Gründen befragt sagte einmal: „Die Ost-West-Achse sollte direkt danach kommen.“

Unrühmliches Vorspiel

2004 stellen die Liberalen im Rat einen Antrag, der bereits während der schwarz-gelben Koalition vereinbart wurde, zu dem es aber wegen deren Bruchs nicht mehr kam: „Die Verwaltung

wird mit der konkreten Planung der Ost-West-U-Bahn zwischen Heumarkt und Friedhof Melaten bzw. Universität und der Sicherung der Finanzierung beauftragt.“ CDU, gerade frisch liiert mit den Grünen, und SPD fanden 1.000 Gründe, warum man dies gerade jetzt nicht beschließen könne ...

Fünf Jahre später brachte die FDP erstmals den Einsatz von Dreifachzügen zur Kapazitätserweiterung in einer Anfrage zur Sprache. Stadt und KVB griffen das Thema erst 2016 auf und initiierten eine Bürgerbeteiligung über die Frage, ob die



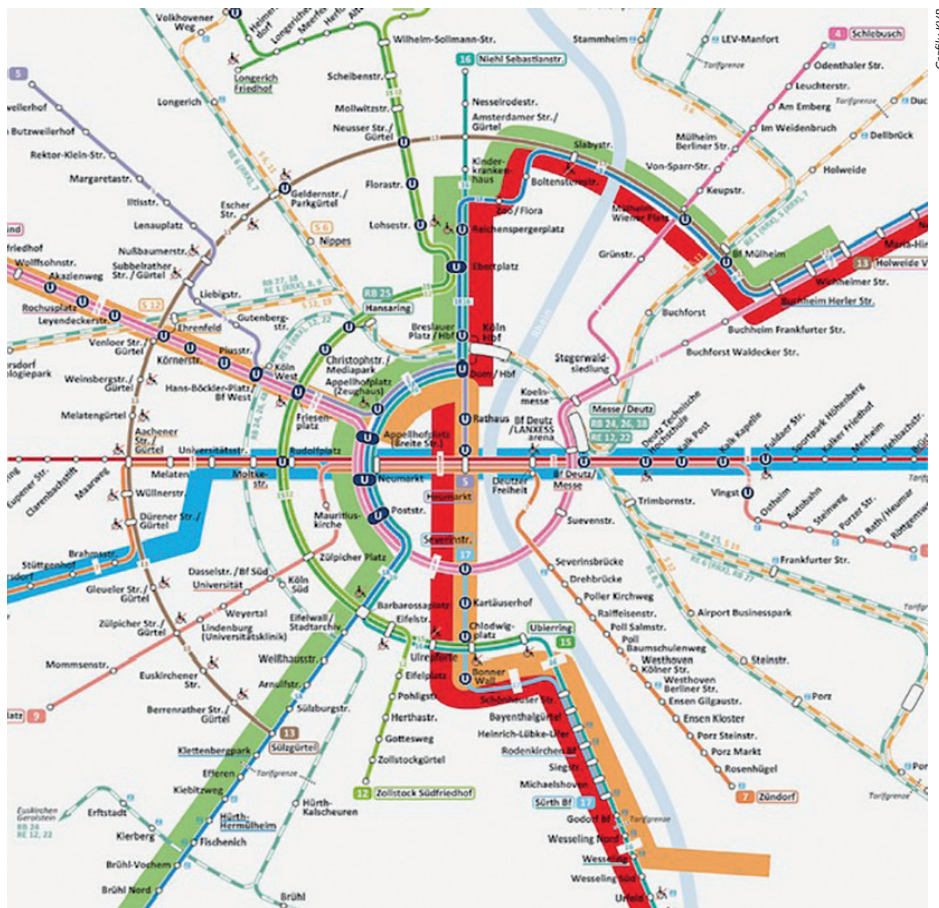
Ost-West-Achse ober- oder unterirdisch geführt werden solle. Bei der dort beteiligten Bürgerschaft ging die Frage aber ergebnislos aus.

Nach zwei Jahren sollte das Verfahren in einen Ratsbeschluss münden. CDU, SPD und FDP als U-Bahn-Befürworter waren bezüglich einer gemeinsamen Initiative einig, als die Sozialdemokraten aus machtpolitischen Gründen den grünen Sireengesängen, man wolle doch auch einen Tunnel, nur später und anders, zu erliegen drohten. Die Union reagierte schnell und fasste mit dem grünen Bündnispartner den Beschluss, ober- und unterirdisch parallel zu planen und später zu entscheiden, was realisiert wird.

Zauberwort Metrolinien

Das Ergebnis dieses Auftrages legte die Verwaltung 2024 vor. Die Liberalen brachten die Tunnelbefürworter wieder an einen Tisch und konnte erfolgreich an die damaligen Verhandlungen anknüpfen. Geholfen hat dabei, den Blick über die aktuelle Frage räumlich und zeitlich auszuweiten, wie sich das KVB-Schiennetz in den nächsten 25 bis 30 Jahren entwickeln soll. Angesichts der mehr als 300.000 Einpendlerinnen und Einpendlern täglich muss der ÖPNV attraktiver werden. Das Zauberwort heißt Metrolinien, mit denen das Umland schneller und zuverlässiger an Köln angebunden werden soll.

Mit dem Gesamtverkehrskonzept 1956 wurden Unterpflasterbahnen eingeführt, die nur in einzelnen Streckenabschnitten unter die Straßenoberfläche gelegt werden sollten. Aber der Beschluss enthielt eine „Upgrade-Option“: „Um aber für



Grafik: KVB

Privilegierte Metrolinien sollen künftig das Umland besser mit Köln verbinden.

die spätere Zukunft die nötige Vorsorge zu treffen, können die baulichen Anlagen einer Unterpflaster-Straßenbahn bereits heute so bemessen werden, dass eine spätere Umstellung auf U-Bahnbetrieb möglich bleibt.“

Diese Möglichkeit soll nun nach 70 Jahren umgesetzt werden, indem laut Ratsbeschluss Metrolinien auf durchgängig unabhängigen Gleiskörpern geführt werden. Die erste könnte schon mit der Gesamtinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn von Thienenbruch nach Bonn-Bad Godesberg fahren. Und durch die Ost-West-U-Bahn würde eine Linie von Bensberg bis nach Frechen oder sogar verlängert bis Kerpen verkehren.

Rat fasst dreistufige Beschlüsse

Im Februar hat das Landesverkehrsministerium auf das Auslaufen des 2006er ÖPNV-Bedarfsplans hingewiesen. Dringende Maßnahmen, für die ein auskömmliches Nutzen-Kosten-Verhältnis festgestellt wurde, können bis Ende Juli eingereicht werden. Daher hat das U-Bahn-Bündnis im Rat beschlossen, der unterirdischen Variante der Verwaltung zu folgen und im Anschluss mit Land und Bund über Änderungen wie dem Verzicht auf den Tunnel unter dem Mauritiusviertel und weniger tiefe Haltestellen am Neumarkt und Rudolfplatz zu verhandeln.

Zur Schaffung zusätzlicher Beförderungskapazitäten wird in einem weiteren Beschluss der Bau einer U-Bahn zwischen Melaten und unter dem Rhein bis Deutz und unter der Dürener Straße bis zum Militärring angestoßen. Die Äste nach Sülz, Porz und Flittard bleiben oberirdisch und werden über die Deutzer Brücke geführt.

Obwohl viele Grüne einzelne Maßnahmen unterstützen, konnte sich die Fraktion leider nicht zu einem positiven Votum durchringen. Es wird aktuell sogar gedroht, den Ratsbeschluss mit einem Bürgerentscheid aushebeln zu wollen. Und auch das grün dominierte Verkehrsdezernat und das ebenso grün geführte Landesverkehrsministerium können im weiteren Verfahren so manches Beinchen stellen. Dabei muss allen klar sein, dass ein Aufheben des U-Bahn-Beschlusses weitreichende verkehrliche und finanzielle Folgen haben wird. Daher müssen zur KölnWahl und danach die gefassten Beschlüsse verteidigt und in unserem Sinne umgesetzt werden.

Ralph Sterck

Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln



Bild: SPD-Fraktion

KULTURSCHAFFENDE IN NRW WOLLEN KEINE SONDERBEHANDLUNG, ABER EINE FAIRE

Nordrhein-Westfalen kann stolz auf seine bunte und innovative Kulturlandschaft sein, die mit viel Kreativität und großem Einfallsreichtum maßgeblich zur Attraktivität der Städte und Regionen beiträgt – selbstverständlich auch in Köln. Hinzu kommt die wichtige soziale Funktion: Als Orte des gelebten Miteinanders und des Dialogs stärken Kulturstätten die Demokratie und sind zudem ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.



Yvonne Gebauer MdL

Umso bedenklicher ist es, dass die Landesregierung Teile der hiesigen Kulturszene seit geraumer Zeit sprichwörtlich im Regen stehen lässt. Anders kann man das Signal eines Haushalts, der bereits zum dritten Mal in Folge Stillstand aufweist, nicht interpretieren. Wenn das Land weniger fördert, trifft das vor allem die Freie Szene. Diese arbeitet mit viel Engagement, häufig aber auch unter finanziell schwierigen Bedingungen. In dieser Gemengelage sehen sich viele Kulturschaffende in ihrer Existenz bedroht.

Deshalb haben die Freien Demokraten gemeinsam mit der SPD einen Antrag gestellt, der die Sicherung der kulturellen Vielfalt durch eine verlässliche Kulturförderung und -planung und die unverzügliche Freischaltung der Förderportale fordert. Gerade dem letzten Punkt ging in der Freien Szene großer Unmut voraus, weil man dort nicht verstanden hat, warum die Landesregierung den Kulturschaffenden eine verlässliche und vorausschauende Planung derart erschwert.

Neben der Gewährleistung von Planungssicherheit hat der gemeinsame Antrag das Ziel, die Kommunikation zwischen der Landesregierung, insbesondere dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft, und der künstlerischen Seite zu verbessern. Diese kam in den vergangenen Wochen und Monaten jedoch fast völlig zum Erliegen. Doch gerade in finanziell angespannter Lage muss mit den Kultur-

schaffenden darüber gesprochen werden, was weiter in welcher Höhe finanziert wird, und wie es perspektivisch weitergehen könnte. Deshalb schlagen wir ein festes Gesprächs- und Beteiligungsformat zwischen der Landesregierung und den einzelnen Kultursparten vor, das letztlich zu transparenten und für jeden nachvollziehbaren Rahmenbedingungen führen soll. Denn darum geht es: Die Kulturschaffenden wollen keine Sonderbehandlung, aber eine faire.

Hier sehen wir insbesondere Kulturministerin Ina Brandes in der Pflicht. Die Christdemokratin spricht zwar immer von Planungssicherheit, lässt diese in der Praxis aber seit geraumer Zeit vermissen. Mit Parteipolitik hat die Kritik, wie aus Unionskreisen gelegentlich unterstellt wird, nichts zu tun. Sie ist vielmehr ein Abbild dessen, was man in Gesprächen mit den Betroffenen immer wieder gespiegelt bekommt. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Kulturschaffenden ihren Job lieben und um ihre soziale Verantwortung wissen. Wer aber nur hingehalten wird, kann am Ende weder sein Personal bezahlen noch Aufträge vergeben.

Auch der Tenor der Anhörung vom 13. März 2025 zu unserem Antrag war unmissverständlich: So darf es nicht weitergehen. Die Expertinnen und Experten aus der Kulturszene betonten, dass Projekte, die über Monate und Jahre geplant wurden, infolge der mangelnden

Planungssicherheit zu scheitern drohen bzw. mittlerweile nicht mehr durchführbar sind. Dadurch verlieren Künstlerinnen und Künstler ihre wirtschaftliche Grundlage. Die Verzögerungen bei der Freischaltung der Förderportale verschärfen diese Situation zusätzlich.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die klaren Signale aus der Anhörung ernst nimmt und schnell handelt, damit die kulturelle Vielfalt in NRW erhalten bleibt.

Ein weiterer Schritt zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Kulturlandes Nordrhein-Westfalen wäre die Erarbeitung eines Kulturkonzepts. Wenn damit ein großer Wurf gelingen soll, darf ein solches aber nicht von oben herab formuliert werden, sondern muss im Dialog mit den Kulturschaffenden entstehen. Ich bin davon überzeugt, dass es auch oder vielleicht gerade in Zeiten knapper Kassen einen verlässlichen Fahrplan für die kommenden Jahre braucht. Wer glaubt, dass sich der Kulturstandort Nordrhein-Westfalen mit Trippelschritten in eine erfolgreiche Zukunft führen lässt, hält Stillstand vermutlich für einen Vorläufer von Kontinuität.

Yvonne Gebauer MdL

Kulturpolitische Sprecherin der
FDP-Landtagsfraktion NRW

NEUES AUS DEM LANDESVORSTAND

Bild: FDP NRW



Maria Westphal, stellvertretende Kreisvorsitzende in Köln, ist auch Mitglied des Landesvorstandes.

Am Tag nach der Bundestagswahl, bei der die Freien Demokraten mit 4,3 % der Stimmen den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag verfehlten, trat der Landesvorstand der FDP Nordrhein-Westfalen zu einer Sitzung in Bielefeld zusammen, um die Ergebnisse umfassend zu analysieren.

Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP, wandte sich per Videoansprache an den Landesvorstand und gab seinen Rücktritt bekannt. In seiner Rede dankte er dem Landesverband NRW aufrichtig für die langjährige Unterstützung. Dieser Moment war von großer Emotionalität geprägt.

In der anschließenden Sitzung fand ein intensiver Austausch über die Ursachen der Wahlniederlage statt. Mehrere Mitglieder sprachen sich für eine tiefgehende Analyse der Wahlkampagne sowie für eine kritische Aufarbeitung der vergangenen Regierungsarbeit aus.

Die Tatsache, dass es der Partei erneut nicht gelungen ist, nach einer Regierungsbeteiligung wieder in den Bundestag einzuziehen, führte zu einer grundsätzlichen Diskussion über die strategische, inhaltliche und kommunikative Ausrichtung in den letzten Jahren.

Ein bedeutendes Ergebnis der bisherigen Beratungen ist die Entscheidung, ein neues Grundsatzprogramm der Freien Demokratischen Partei zu erarbeiten. Dieser Prozess soll mit der Wahl eines neuen Bundesvorstands auf dem Bundesparteitag im Mai in Berlin eingeleitet werden.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Vorstandssitzung am Vorabend des Landesparteitages am 29. März in Duisburg erste Personalentscheidungen in Hinblick auf das künftige Präsidium auf Bundesebene getroffen. Henning Höne wurde einstimmig zur Kandidatur für das Präsidium nominiert.

Die FDP steht auf Bundes- und Landesebene nach dieser Zäsur vor einer Phase intensiver Selbstreflexion und Neuausrichtung. Die Notwendigkeit, aus dieser bitteren Wahlniederlage angemessene Konsequenzen zu ziehen und die Partei strategisch neu aufzustellen, ist unübersehbar. Auch wenn die kommenden Jahre in der außerparlamentarischen Opposition herausfordernd sein werden, bieten sie zugleich die Chance auf einen grundlegenden Neuanfang. Der Liberalismus bleibt ein unverzichtbares Element des politischen Spektrums in Deutschland, und die FDP ist entschlossen, diesen Auftrag weiterhin engagiert zu erfüllen.

Maria Westphal

STBV-PARTEITAG IN EHRENFELD

Der ordentliche Parteitag des Stadtbezirksverbandes Ehrenfeld tagte Mitte April und fand traditionell im Restaurant Pöttgen in Neuehrenfeld statt. Die große Gruppe der zum Teil bereits seit vielen Jahren sehr aktiven Ehrenfelder Liberalen wird von drei neuen Mitgliedern verstärkt. Im Bericht des Vorstands bedankte sich die Vorsitzende bei ihren Mitgliedern für die sehr engagierte Unterstützung im Europawahlkampf 2024 und im Bundestagswahlkampf. Dieser „Winterwahlkampf“ wurde trotz der Kälte sehr engagiert durchgeführt. Ganz besonders bedankte sie sich bei der Kölner FDP-Spitzenkandidatin Maria Westphal.

Die Vorstandswahlen ergaben keine Überraschungen. Marlis Pöttgen wurde als Vorsitzende wiedergewählt, ebenso Benedikt Liefertz als Stellvertreter. Stefano Ragogna wurde erneut als Schatzmeister im Amt bestätigt. Ragogna und Pöttgen sind bereits mehr als 25 Jahre in diesen Ämtern in Ehrenfeld engagiert. Als Beisitzer wurden Dr. Christian Beese, Martina Bullmann, Thomas Bullmann, Cornelia Gaida, Robert Gaida, David Hoffmann und Fabian Kluth wiedergewählt und Thomas Hoffmann neu gewählt. Im Anschluss an die Wahlen begannen die Mitglieder dann mit den Planungen für die Aktivitäten für das Jahr 2025. [pm]



Bild: FDP Ehrenfeld

Der neugewählte Ehrenfelder Vorstand



AUF WIEDERSEHEN!

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

nach sechs prägenden und intensiven Jahren als Assistentin der Ratsfraktion der Kölner FDP heißt es für mich nun Abschied nehmen – zumindest ein bisschen. Im Mai werde ich eine neue Stelle bei der Verwaltung antreten.

Eine Entscheidung, die mir alles andere als leichtgefallen ist, denn die Fraktion war für mich viel mehr als nur ein Arbeitsplatz – sie war beinahe wie eine Familie. So viel gegenseitige freundschaftliche Unterstützung, so einen starken Zusammenhalt und so viel Vertrauen erlebt man sonst eher selten. Dafür bin ich unendlich dankbar.

Wir haben einiges gemeinsam erlebt, viel gelacht, diskutiert und auch die ein oder andere herausfordernde Phase zusammen gemeistert. Und ich habe in den Jahren vieles gelernt, vor allem fachlich und sicher auch menschlich.

Aber natürlich bleibe ich der FDP als Mitglied und Schatzmeisterin im Kölner Norden treu und so freue ich mich, euch bei der ein oder anderen Gelegenheit wiederzusehen. Bis dahin bleibt mir nur von Herzen zu sagen: Danke für Alles! Es war mir eine große Freude und Ehre, für euch da zu sein.

Doch manchmal muss man Abschiede feiern, um dem neuen Raum zu geben.

Ihre und Eure
Simone Hecht

BERICHT AUS DEM RAT

Von Scheck-Schwindlern, Steuererhöhungen und Kitagebühren

Die vergangenen Monate wurde im Kölner Stadtrat viel um den städtischen Haushalt gerungen. In der Ratssitzung im Februar hat die FDP den Entwurf für den städtischen Haushalt entschieden abgelehnt. Denn statt solider Finanzplanung setzt das regierende Ratsbündnis auf Wunschdenken und finanzielle Luftbuchungen.

Volker Görzel, Vorsitzender der Fraktion, kritisiert: „Das Bündnis feiert sich als Retter der Sozialstrukturen, doch in Wahrheit sind sie nichts anderes als Scheck-Schwindler.“ Während großzügige Versprechungen gemacht würden, fehle das Geld an anderer Stelle – etwa bei den Betriebskostenschüssen für Kliniken, die um fünf Millionen Euro gekürzt werden, bei den Kölner Sportstätten, denen zwei Millionen Euro gestrichen werden, oder bei den Unterbringungskosten für Flüchtlinge, die um drei Millionen Euro sinken sollen.

Verpackungssteuer stoppen!

Steuererhöhungen, wie etwa die geplante Verpackungssteuer, wären völlig überflüssig, wenn Köln seine wirtschaftliche Stärke besser nutzen würde. „Eine Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen um nur ein Prozent würde ausreichen – doch dazu müsste man die Wirtschaftsförderung stärken, nicht kürzen“, so Görzel. Sein Appell: „Machen wir uns ehrlich, dann schaffen wir auch eine Kölner Wirtschaftswende!“ Grüne, CDU und Volt nutzen hier den Vorwand der Müllreduktion und einer verbesserten Sauberkeit des Stadtbilds, um die Stadtkasse zu füllen. Als Liberale werden wir weiter gegen die Einführung einer solchen nachweislich unwirksamen Verpackungssteuer kämpfen!

30 Prozent mehr Kitabeiträge?

Besonders scharf kritisiert die FDP die massiven Erhöhungen bei den Eltern-

beiträgen für die Kindertagesbetreuung und den Offenen Ganztag. „Die Stadt Köln rühmt sich als kinderfreundliche Kommune, doch die Realität sieht anders aus“, stellt Chantal Schalla, familienpolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, klar. Die Beiträge steigen um bis zu 200 Euro pro Monat – ein Plus von rund 30 Prozent. Während eine bessere Differenzierung der Beitragsstufen grundsätzlich begrüßenswert ist, ist die drastische Mehrbelastung für Familien jedoch völlig inakzeptabel. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten sendet die Stadt damit ein fatales Signal – andere Städte gehen übrigens einen anderen Weg.

„Frühkindliche Bildung darf nicht am Geldbeutel scheitern“, so Schalla: „Wir brauchen Entlastung für Familien, keine zusätzlichen Hürden.“ Insbesondere für viele Frauen, die nach wie vor häufiger weniger verdienen als ihre Partner, könnten die höheren Beiträge zum Hemmschuh für die Rückkehr ins Berufsleben werden.

[pm]

IMPRESSUM: KölnLiberal ist die Zeitschrift der FDP-Köln

FDP-Köln · Breite Straße 159 · 50667 Köln · T 0221 253725 | **FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln** · Rathausplatz 1 · 50667 Köln · T 0221 221-23830

Redaktion (V.i.S.d.P.): Stephan Wieneritsch · info@fdp-koeln.de · www.fdp-koeln.de

Mitwirkende: Dr. Christian Beese | Lorenz Deutsch | Yvonne Gebauer

Simone Hecht | Reinhard Houben | Gerd Kaspar | Sabine Leutheusser-Schnarrenberger | Marlis Pöttgen | Ben Schöppen | Ralph Sterck | Maria Westphal

[28. April 2025]